

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 28.01.2026	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2026/0043 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

**Betreff: Solidarität mit Ekrem imamoğlu und anderen inhaftierten türkischen
Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern**

Vorlage vom: 28.01.2026

Beschlussvorschlag:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verurteilt die Verhaftung von Istanbuls Bürgermeister Ekrem Imamoğlu am 19. März 2025 und seine bis heute andauernde Inhaftierung scharf. Neben Imamoğlu, der auch Präsident des türkischen Städtetages (TBB) ist, wurden über 100 weitere Personen, meist Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, verhaftet.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erklärt ihre volle Solidarität mit Ekrem imamoğlu und fordert die sofortige Freilassung und Wiedereinsetzung des Bürgermeisters sowie der anderen Festgenommenen.

Die Verhaftung Imamoğlus ist ein Angriff auf die Demokratie. Im März 2024 bestätigten die Bürgerinnen und Bürger Istanbuls Imamoğlu in seinem Amt als Bürgermeister. Er und die

anderen Betroffenen wurden wenige Tage vor seiner geplanten Wahl zum Spitzenkandidaten der CHP für die Präsidentschaftswahl 2028 verhaftet.

In Darmstadt leben viele Bürgerinnen und Bürger mit türkischen Wurzeln, seit 1971 besteht eine Städtepartnerschaft mit Bursa. Die türkische Community ist Teil unserer Stadt. Hier wie in vielen anderen Kommunen bestehen vertrauensvolle Beziehungen und Freundschaften zur Türkei. Mit großer Sorge beobachten wir die Lage der Demokratie in der Türkei. Die Verhaftungen zahlreicher Bürgermeister und weiterer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie die Einsetzung staatlicher Verwalter gefährden die kommunale Selbstverwaltung und Demokratie nachhaltig.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt appelliert an die türkische Regierung, die Grundsätze der Demokratie und des Rechtsstaats einzuhalten und die kommunale Selbstverwaltung zu achten, zu der sich die Türkei in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung des Europarates verpflichtet hat.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt erwartet, dass der Wille der Wählerinnen und Wähler der türkischen Kommunalwahlen von 2024 respektiert wird – in Istanbul ebenso wie in allen anderen Orten der Türkei. Kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger müssen geschützt, ihre Freiheiten garantiert und sichergestellt werden, dass sie ihre Rechte frei von Einflussnahme ausüben können.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Zusätzlich für alle Vorlagen aus dem Bereich des Hochbaus anzugeben:

Klimarelevanz des Vorhabens:

Auswirkungen auf Stadtklima:	☐ ja	☐ nein
Auswirkungen auf THG-Emissionen:	☐ gering ¹⁾	☐ mittel/groß ²⁾
Beteiligung Amt f. Klimaschutz & Klimaanpassung:	☐ ja	☐ nein

Zusätzlich bei Beschlüssen zur Baufreigabe:

Wurden Optimierungspotentiale ausgeschöpft?	☐ ja	☐ nein
Falls nein, Kompensationsmaßnahmen festgelegt?	☐ ja	☐ nein

1) bis 10 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO_{2e}) pro Jahr, 2) über 10 Tonnen CO_{2e} pro Jahr.

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 28.01.2026:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt zeigt Solidarität mit allen, die für demokratische Rechte und Freiheiten kämpfen. Diese Resolution bekräftigt unsere Unterstützung für Ekrem İmamoğlu und die Demokratie in der Türkei. Sie betont auch unsere enge Verbindung zur türkischen Gemeinde in Darmstadt und unserer Partnerstadt Bursa. Wir sind fest entschlossen, uns für Gerechtigkeit, Transparenz und den Schutz der Menschenrechte sowohl auf lokaler als auch auf internationaler Ebene im Rahmen unserer Städtepartnerschaften einzusetzen.

Darmstadt, 28.01.2026

Dezernat I

Hanno Benz
Oberbürgermeister